



Das Coronavirus macht uns derzeit bewusst, dass Virologie systemrelevant ist. Die Frage nach der Systemrelevanz politischer Bildung scheint dabei weniger geklärt.



Ein Blogbeitrag von

Ramona Kemper M.Ed.

Referentin für politische Bildung

mit Schwerpunkt politische Erwachsenenbildung

E-Mail: r.kemper@wbz-ingelheim.de

Systemrelevant? Ein Plädoyer für politische Bildung (in Krisenzeiten)

Zeiten ändern sich, und sie tun es besonders schnell, wenn ein tödliches Virus kursiert. Saß ich vor einigen Wochen im Homeoffice, erntete ich entweder Spott oder Neid von Teilen der ‚wirklich‘ arbeitenden Bevölkerung. Heute bin ich verantwortungsvolle Bürgerin und sitze mit gepampertem Selbstbewusstsein am Schreibtisch zu Hause, eine Armlänge entfernt vom Drucker, eine Armlänge entfernt vom Bett. Eigentlich ganz angenehm, wären da nicht diese unliebsamen Tweets, vor denen auch das Homeoffice nicht schützt.

Kürzlich leitete mir eine Freundin folgenden Tweet der WerteUnion weiter: „Diese schlimme Zeit macht jetzt hoffentlich auch dem Letzten klar, dass Professoren für Medizin, Chemie und Biologie unendlich viel wichtiger sind als solche für ‚Gender Studies‘“. Was zum Kuckuck?

Als kritischer Wissenschaftszweig untersuchen die Gender Studies strukturelle Ungleichheiten in der Gesellschaft, die beispielsweise für Frauen gerade in Zeiten von SARS-CoV-2 vermehrt Konsequenzen haben. So besteht das Risiko steigender häuslicher Gewalt, der vor allem Mädchen und Frauen ausgesetzt sind, und auch die Care-Arbeit, die ein erhöhtes Ansteckungsrisiko bedeutet, wird überwiegend von Frauen geschultert. Sollte man vielleicht mal bedenken, bevor man wild drauflos zwitschert.

Vom wahren Kern zur falschen Schlussfolgerung

Was aber, wenn die dem Tweet zugrundeliegende Argumentation trotzdem auf weite Zustimmung trifft? Denn sie ist so einfach wie perfide: Erst wird ein wahrer Kern geschildert, um darauf aufbauend falsche Schlussfolgerungen zu ziehen, die dann aber im Lichte des wahren Kerns legitim erscheinen.

Zum wahren Kern: Selbstverständlich sind Naturwissenschaftler*innen in Zeiten der Virusbekämpfung unersetzlich, und, zugegeben: Geht es darum, das Virus zu stoppen, ist die Forschung an Impfstoffen systemrelevanter als die Lektüre von Judith Butler. Der Fehlschluss besteht erst in der mangelnden Trennung der Sphären. Schließlich nehmen wir umgekehrt ja auch nicht Misshandlungen von LGBT-Personen zum Anlass, um darauf zu schließen, dass Gender Studies ‚unendlich viel wichtiger‘ seien als Virologie.

Wir sollten uns also in Zeiten, in denen wissenschaftsfeindliche Positionen erschreckend viel politisches Gewicht haben, darüber freuen, dass im Moment Professor*innen für Medizin, Chemie und Biologie als Expert*innen in ihren Gebieten gehört werden. Wir sollten aber nicht verschiedene wissenschaftliche Fachgebiete gegeneinander ausspielen.



Demokratiefeindliche Entwicklungen sind auch Teil der Corona-Krise

3

Es sind gerade derartige Kurzschlüsse, die stellvertretend für eine Reihe fadenscheiniger Begründungszusammenhänge in dieser Zeit der Pandemie stehen. So zeigen beispielsweise die Notstandsgesetze in Ungarn oder das Krisengesetz in Polen, wie der Ausnahmezustand als Vorwand dient, Demokratien auszuhöhlen. All das führt uns (wieder einmal!) die Systemrelevanz politischer Bildung vor Augen.

Gerade in demokratiefeindlichen Entwicklungen, die eben auch Teil der Corona-Krise sind, bedarf es mündiger Bürger*innen, die nicht davor zurückschrecken, zu diskutieren und gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu kritisieren. Hier leistet politische Bildung einen essenziellen Beitrag, indem sie die politische Urteils- und Handlungsfähigkeit fördert: Dabei sensibilisiert sie für rhetorische Tricks, Fake News und Verschwörungstheorien, von denen es über das Coronavirus viele gibt, und befähigt dazu, gesellschaftliche Standpunkte unter ethischen Kriterien zu beurteilen. Letzteres gewinnt im Zuge der Pandemie erneut an Profil, weil alte Fragen, etwa im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit, unter neuen ethischen Gesichtspunkten diskutiert werden müssen.

Hinzu kommt, dass politische Bildung das Handwerkszeug für politische Beteiligung bereitstellt – auch in Zeiten von Versammlungsverboten. Das Vermitteln von Wissen über innovative politische Partizipationsformen beschränkt sich dabei nicht auf Leser*innenbriefe, die im 21. Jahrhundert auch als E-Mail verschickt, oder auf Petitionen, die auch online unterschrieben werden können. Es müssen neue Partizipationsmöglichkeiten, wie zum Beispiel Online-Demonstrationen, diskutiert werden.

Inhaltlich gibt es also genug zu tun für die politische Bildung, und auch methodisch stehen wir vor neuen Herausforderungen. Die Prämisse #stayathome schreit nach innovativen digitalen Wegen und Antworten auf die Frage, wie aus der Not geborene kreative Ideen nachhaltig implementiert werden können.



All das ist allerdings abhängig von finanziellen Ressourcen, mit denen außerschulische politische Bildung sowieso schon nicht gesegnet ist. Dazu gehören neben klassischen Präsenzveranstaltungen auch Fördermittel für neue Onlineformate. Dass Kolleg*innen in der non-formalen politischen Bildung um die Förderung einzelner Projekte und sogar um die Existenz ihrer Einrichtungen bangen müssen, können wir nicht akzeptieren. Gesundheit und Demokratie sind keine austauschbaren Güter.

Abschließend noch ein Gruß an alle Teilnehmenden von Veranstaltungen politischer Bildung. Bleiben Sie uns politischen Bildner*innen treu! Wir hoffen, dass wir uns schnellstmöglich persönlich wiedersehen können. Es wird eine Zeit nach Corona geben. Für die Zeit während der Krise bin ich dankbar, dass wir Sie über unsere Homepage informieren können, und dass die Entwicklung nicht beim gesellschaftlichen Verständnis der WerteUnion stehen geblieben ist. Zum Glück: Zeiten ändern sich.



Linkliste

https://www.deutschlandfunk.de/covid-19-soziale-ungleichheit-massnahmen-gegen-das.1939.de.html?drn:news_id=1115190

<https://www.sueddeutsche.de/politik/ungarn-orban-notstandsgesetz-1.4862238>

<https://www.bpb.de/gesellschaft/medien-und-sport/306942/corona-und-verschwörungstheorien>

<https://www.freitag.de/autoren/justd/die-corona-krise-ist-eine-care-krise>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-verfassung-praesidentschaftswahl-1.4861159>